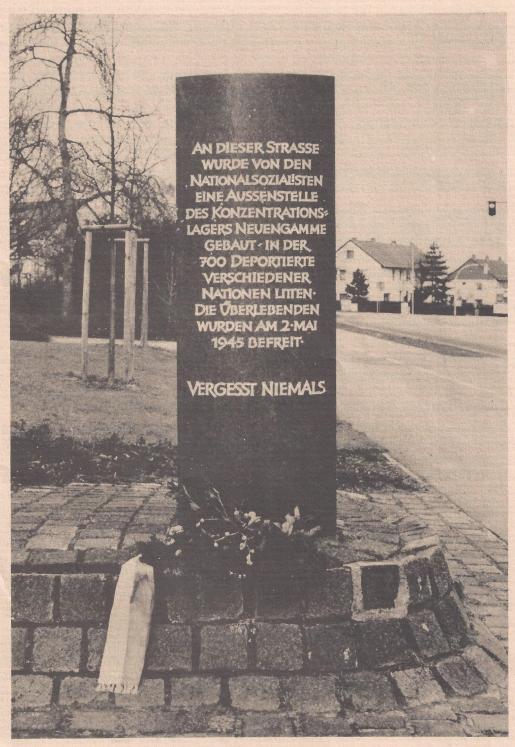
## 8. Mai - Tag der Befreiung



Gedenkstein am Laagberg in Wolfsburg

Nie wieder Faschismus - Nie wieder Krieg!

## Stiftungsinitiative deutscher Unternehmen: "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft"

## Ein Durchbruch in der Entschädigungsfrage?

Über mehr als ein Jahrzehnt hat sich unser Wolfsburger "Initiativkreis für die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter" dafür eingesetzt, dass der Deutsche Bundestag die Einrichtung einer Stiftung beschließt, die endlich die Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus vielen Ländern Europas ermöglicht. Wir haben uns in Schreiben an die Fraktionen des Bundestages dafür eingesetzt, dass die deutschen Unternehmen (oder ihre Rechtsnachfolger), die am Einsatz der Zwangsarbeiter profitiert haben, Einzahlungen in einen Stiftungsfond leisten. Wir haben stets darauf verwiesen, dass nur noch ein kleiner Teil dieser ehemaligen Sklavenkräfte lebt, viele hochbetagt und gesundheitlich beeinträchtigt. Die Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der PDS unterstützen unsere und anderer Initiativen und Bitten in Anträgen, die im letzten Bundestag von CDU/CSU und FDP als nicht im deutschen Interesse liegend abgelehnt wurden. Im neuen Bundestag mit den neuen Mehrheitsverhältnissen lebten die Anträge wieder auf, Bundeskanzler Gerhard Schröder äußerte sich wohlwollend und es schien, als wäre die Angelegenheit nun in guten Händen.

Die Unternehmen Allianz AG, BSAF AG, Bayer AG, BMW AG, Daimler Chrysler AG, Deutsche Bank AG, Degussa-Hüls AG, Dresdner Bank AG, Friedr. Krupp AG, Hoesch Krupp, Hoechst AG, Siemens AG und Volkswagen AG haben daraufhin dem Bundeskanzler die Errichtung einer Stiftungsinitiative mit dem Namen "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" vorgeschlagen, die u. a. einen "humanitären Fond zugunsten von ehemaligen Zwangsarbeitern und anderer NS-Geschädigtengruppen" finanzieren will. Andere Unternehmen wurden aufgefordert sich dieser Initiative anzuschließen. Leider, so müssen wir feststellen, besteht die Gefahr, dass die Zwangsarbeiter als Opfer des deutschen Terrorregimes wieder leer ausgehen und ohne Entschädigung sterben.

Wie kommt es zu dieser Feststellung? Neben dem Ziel "eine Antwort auf moralische Verantwortung deutscher Unternehmen aus den Bereichen der Zwangsarbeiter-Beschäftigung, der Arisierung und anderen Unrechts aus der Zeit der NS-Herrschaft zu geben" steht die Absicht, "dadurch eine Grundlage zu schaffen, um Klagen, insbesondere Sammelklagen in den USA zu begegnen und Kampagnen gegen den Ruf unseres Landes und seiner Wirtschaft den Boden zu entziehen".

Und in dieser Absicht liegt der Haken. Die Unternehmen fordern Regierungsvereinbarungen, die Klagen ausschließen. Erst wenn diese zustande gekommen sind, wollen sie in den Fond einzahlen. Dies könnte, so heißt es, frühestens im September 1999 beginnen. Der Münchner Rechtsanwalt Michael Witti als Vertreter ehemaliger Zwangsarbeiter erklärte: "Die Unternehmen haben es sich selbst zuzuschreiben, dass immaterielle und materielle Ansprüche auf dem Weg der Sammelklage durchgesetzt werden. Zu lange hat man in Kenntnis der Verpflichtung die Opfer mißachtet. Es ist eine Illusion, in einem Rechtsstaat mit einem Hau-Ruck-Verfahren einen Schlußstrich ziehen zu wollen. Die Kompromißbereitschaft aller und ein Augenmaß bei den Ansprüchen sind gefordert, um extreme polarisierende Positionen zu vermeiden". Das Zustandekommen von Regierungsabkommen hält Witti für unwahrscheinlich.

#### **Das positive Beispiel VW**

Je 10.000 DM wurden noch im Dezember 1998 durch die von der Volkswagen AG bedienten Stiftung an ehemalige Zwangsarbeiter in Polen, den Niederlanden und Frankreich ausgezahlt. Ungeklärt ist bislang der Status der aus der Ukraine stammenden Frauen und Männer. Horst und Gisela Weiß von der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, die in dem Initiativkreis mitarbeiten, konnten bei der Auszahlung an die bekannten polnischen Überlebenden behilflich sein. Diese sind ihnen vertraut aus den von der Deutsch-Polnischen Gesellschaft organisierten Kurmaßnahmen und den Besuchen in Wolfsburg. Die Interessenvertretung der polnischen Zwangsarbeiter, die auch an Sammelklagen beteiligt ist, nannte die Größenordnung der von VW geleisteten Zahlung als beispielhaft. Die Vorstellungen des humanitären Hilfsfonds der Stiftungsinitiative deutscher Unternehmer liegen weit niedriger.

Die Mommsen/Grieger-Studie hat anhand von Quellen nachweisen können, dass Porsche/Piech als VW-Werksleitung vom NS-Staat und von seinen Terrororganen, die Zuweisung von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen aus Auschwitz gefordert hatten. Sie nutzten ihre guten persönlichen Beziehungen zu Hitler und Himmler, um auf diesem Wege Sklavenarbeiter für die hochprofitable Rüstungsproduktion zu bekommen. Die Initiative für den Einsatz der Zwangsarbeiter ging eindeutig von den Industriellen aus, diese wurden keinesfalls vom NS-Staat den Unternehmen aufgenötigt. Aus der Erkenntnis dieser Verantwortung entschloß sich der VW-Vorstand tätig zu werden, ohne auf andere Unternehmen oder die Regierung zu warten.

# Initiativkreis für die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter

Deutscher Gewerkschaftsbund Kreis Wolfsburg/Gifhorn/Helmstedt, Aktion Sühnezeichen, Katholisches Dekanat, Evangelischer Kirchenkreis, Deutsch-Polnische Gesellschaft, Verein zur Unterstützung ehemaliger Zwangsarbeiter, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Wolfsburg

### Veranstaltungen am Samstag, den 8. Mai 1999

16.00 Uhr Kranzniederlegung an der Gedenkstätte

am Laagberg durch die Stadt Wolfsburg

17.00 Uhr Gedenkveranstaltung auf der Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus, Werderstraße



Sprecher:
Pastor i. R. Hartwig Hohnsbein, Göttingen
Guiseppe Gambino, IG Metall-Jugend

und für die ehemaligen Zwangsarbeiter in Wolfsburg: Dimitri Klimowitsch, Ukraine Julian Banas, Polen

Moderation: Gisela Abel

Es singt der Gewerkschaftschor "Gegenwind"

Weitere Gäste aus dem Kreis der ehemaligen Zwangsarbeiter, die während des 2. Weltkriegs im Volkswagenwerk eingesetzt waren, werden anwesend sein. Sie stehen im Anschluß an die Gedenkveranstaltung im Gemeindesaal der St. Marien-Gemeinde, Wolfsburg, zu Bericht und Gespräch über ihre Erfahrungen und ihr Lebensschicksal zur Verfügung (17.45 Uhr). Alle Teilnehmer an der Gedenkveranstaltung sind dazu herzlich eingeladen.

Verantwortlich: Eberhard Brandt, Robert-Schumann-Str. 14, 38444 Wolfsburg

### 1949 - Vor 50 Jahren

### Ein historisches Jahr für die deutsche Gewerkschaftsbewegung!

Am 12. Oktober 1949 versammeln sich im Kongreßsaal des Deutschen Museums in München 487 Delegierte aus 16 Gewerkschaften im Namen von 5 Millionen Mitgliedern, um einen Deutschen Gewerkschaftsbund für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zu gründen. Die Leitung dieses Gründungskongresses hat der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates der vereinten Zonen, Hans Böckler. Dem Kongreß obliegen zwei Aufgaben: Der organisatorische Neuaufbau, der mit der Gründung eines einheitlichen Gewerkschaftsbundes seinen vorläufigen Abschluß finden soll und die Festlegung von Richtlinien für die künftige Gewerkschaftspolitik.

Der zweite Verhandlungstag, der 13. Oktober 1949, bringt das entscheidende Ergebnis: Der Kongreß beschließt einstimmig die Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Die Mitglieder des bisherigen Gewerkschaftsrates und mit ihnen die Vorsitzenden der 16 Gewerkschaften sowie die anwesenden Delegierten unterzeichnen die Gründungsurkunde. Als erster setzt Hans Böckler seinen Namen unter das Dokument. Die Delegierten stimmen das alte Lied der Arbeiterbewegung "Brüder zur Sonne, zur Freiheit" an.

Der Vorsitzende des Kongresses, Hans Böckler erklärt: "Nun ist es also geschehen! Die deutschen Arbeitnehmer haben wieder einen Gewerkschaftsbund, das heißt, das Instrument, das ihnen die Gewähr gibt, die Zukunft der arbeitenden Menschen zu einer besseren zu gestalten."

Sitz des Bundes wird Düsseldorf. Mit der Gründung des DGB ist eine alte Hoffnung erfüllt, die Überwindung des alten Richtungsstreits und die Bildung einer Einheitsgewerkschaft. Das nationalsozialistische Regime hatte die in jahrzehntelangen Kämpfen aufgebaute gewerkschaftliche Organisation zerschlagen. Gleich nach dem Zusammenbruch des NS-Systems mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 waren die verbliebenen alten Gewerkschafter daran gegangen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Es stand für alle fest, dass ein Neuaufbau nur unter dem Vorzeichen einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation erfolgen konnte.

Die bitteren Erfahrungen während der Weimarer Zeit und mit der Vernichtung der Gewerkschaften nach der Machtübernahme Hitlers im Jahre 1933 hatten gezeigt, wie verhängnisvoll sich die ideologische und organisatorische Zersplitterung der deutschen Gewerkschaftsbewegung ausgewirkt hatte. Ihr Widerstand gegen die antidemokratischen Kräfte war entscheidend geschwächt. Im antifaschistischen Widerstandskampf hatten sich die Gewerkschafter aller Richtungen zusammengefunden. In den Konzentrationslagern und Zuchthäusern des Dritten Reiches wurde die spätere Einheit praktisch vorgelebt. Der Aufbau einer einheitlichen deutschen Gewerkschaftsorganisation erschien als selbstverständliche Konsequenz der Lehren der Geschichte.



Die Urkunde über die Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die während des Gründungskongresses (12. bis 14. Oktober 1949) in München angefertigt wurde.